



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

10. Sitzung (öffentlich)

20. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

kommt der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, die Aktuelle Viertelstunde und die Dringliche Frage erst dann zu behandeln, wenn der Minister, der in Kürze erwartet wird, anwesend ist. Im Übrigen wird die Tagesordnung wie in Einladung E 16/216 – Neudruck – angenommen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 02 (Kapitel 02 070 – Landesplanung)
Einzelplan 14

Vorlagen 16/419, 16/456 und 16/537

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN Einzelplan 14 und Einzelplan 02 (Kapitel 02 070 – Landesplanung) an.

2 Nordrhein-Westfalens Wirtschaft braucht Freiräume statt neuer Abgaben und mehr Bürokratie 12

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1277

Nach eingehender Diskussion lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/1277ab.

Aktuelle Viertelstunde 18**Höhe der Nordrhein-Westfalen in der Förderperiode 2014 bis 2020 zur Verfügung stehenden EFRE-Fördermittel**

Auf Antrag der Fraktion der CDU

In Verbindung mit:

Dringliche Frage

Hat Nordrhein-Westfalen den ihm zustehenden Anteil an den Strukturfondsmitteln in den Verhandlungen der Wirtschaftsminister – deren Ergebnis noch von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen werden muss – von 27 % auf 29 % erhöhen könne?

Auf Antrag der Fraktion der SPD

- Bericht von Minister Garrelt Duin (MWEIMH) 18
- Diskussion 20

3 Bergbau braucht Akzeptanz – Anforderungen an eine Akzeptanzoffensive für den Bergbau in Nordrhein-Westfalen 25

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1908

Der Ausschuss kommt überein, dass dieser Punkt im Unterausschuss „Bergbausicherheit“ behandelt werden soll. – Darüber hinaus soll zu dem Thema „Akzeptanz für den Bergbau“ der von der Landesregierung angekündigte Bericht bis zur Sitzung noch zugeleitet werden. Dies wird seitens des Ministeriums zugesagt.

4 Landesregierung muss endlich Gesetz zur Regelung des großflächigen Einzelhandels vorlegen! 26

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1910

Der Antrag der CDU wird nach Diskussion mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Stimmen der FDP und der PIRATEN abgelehnt.

5 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes 30

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/45

APr 16/121
Stellungnahmen siehe APr 16/121

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN wird der Gesetzentwurf nach eingehender Aussprache abgelehnt; ein entsprechendes Votum geht an den federführenden Umweltausschuss.

6 Auf Bundesratsinitiative zur Erhebung einer Vermögenssteuer verzichten – Landesregierung soll weitere Steuererhöhungen unterlassen 32

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/818

APr 16/112
Stellungnahmen siehe APr 16/112

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag wird nach ausführlicher Beratung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

7 Rot-grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden 37

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1621

Der Antrag wird nach kurzer Diskussion mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

8	Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen	39
	auf Antrag der CDU-Fraktion	
	Vorlage 16/650	
	– Bericht der Landesregierung	
	– Diskussion	39
9	Situation der Trödelmärkte in Nordrhein-Westfalen	40
	auf Antrag der CDU-Fraktion	
	Vorlage 16/649	
	– Bericht der Landesregierung	
	– Aussprache	40
10	Prognos-Gutachten über die Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen	42
	auf Antrag der CDU	
	Vorlage 16/648	
	– Bericht der Landesregierung	
	Der Ausschuss kommt überein, sich im Obleutekreis darüber zu verständigen, wann das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.	
11	Offenlegung von externen Gutachterberichten	43
	Auf Antrag der Fraktion der PIRATEN	
	– Diskussion	43
12	Verschiedenes	44
	Nächste Sitzung: 25. Februar 2013 (Anhörung)	44

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 02 (Kapitel 02 070 – Landesplanung)
Einzelplan 14

Vorlagen 16/419, 16/456 und 16/537

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Georg Fortmeier schickt voraus, nach erstmaliger Beratung des Einzelplans 14 sowie des in den Zuständigkeitsbereich des Ausschuss fallenden Kapitels Landesplanung im Einzelplan 02 in der letzten Sitzung finde heute die abschließende Beratung und Abstimmung statt. Änderungsanträge lägen nicht vor.

Hendrik Wüst (CDU) kündigt wie schon in der vorherigen Sitzung an, dass die CDU-Fraktion alle Änderungsanträge über alle Ausschüsse im Haushalts- und Finanzausschuss vorgestellt würden, wie man es bereits in den letzten Jahren gemacht habe.

Die CDU-Fraktion lehne den Einzelplan 14 ab, weil er Teil einer Gesamthaushaltsphilosophie sei, die seine Fraktion nicht teile. Der Kollege Markert von den Grünen habe gestern in der Anhörung zum Wasserentnahmeentgelt noch einmal ausführlich das Staatsverständnis jedenfalls für seine Person definiert. Da es keinen Widerspruch gegeben habe, gehe er davon aus, dass die Regierungsfaktionen das insgesamt so sähen: Der Staat nehme sich, was er brauche; die Bedürfnisse rechtfertigten den Eingriff in das Portemonnaie der Bürger.

Seine Fraktion habe eine grundlegend andere Philosophie. Der Staat könne – das sei in den letzten Jahren bewiesen worden – mit dem auskommen, was er habe. Es gebe Rekordsteuereinnahmen, deshalb sei eine Neuverschuldung in der geplanten Höhe unverantwortlich gegenüber der künftigen Generation. Schließlich sei sie auch noch unsozial. Die vollmundig angekündigten Haushaltseinsparungen um strukturell 150 Millionen € seien 0,25 % des Gesamtetats. Damit möge man den einen oder anderen oberflächlich arbeitenden Landeskorrespondenten beeindrucken können, dass dieser annehme, jetzt wolle auch Frau Kraft sparen, aber am Ende des Tages werde den Regierungsfaktionen auch das nicht helfen. So werde am Ende Verschuldung nicht eingegrenzt und das Verfassungsziel ausgeglichener Haushalte nicht eingehalten. Dem reiche seine Fraktion nicht die Hand.

Ein innovativer zustimmungsfähiger Haushalt würde Versuche unternehmen, bessere, alternative, kreative Kofinanzierungsmöglichkeiten bei der Drittmittelfinanzierung anzugehen. Da müsse man sich ein bisschen anstrengen und sich mit dem einen oder anderen auch einmal unangenehm ins Benehmen setzen, aber es würde funktionieren. Die Sparbemühungen diesem Etat sehe seine Fraktion insofern als nicht

ausreichend an. Allein durch die Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes würde man 15 Stellen einsparen können. All das werde nicht gemacht. Im Gegenteil: Es würden auswachsende Personalbestände und auch zusätzliche Belastungen in diesem Haushalt in Kauf genommen. Deswegen werde seine Fraktion dem nicht zustimmen.

Dietmar Brockes (FDP) kündigt an, dass auch die FDP-Landtagsfraktion den Einzelplan 14 als auch den Teilbereich Landesplanung im Einzelplan 02 ablehnen werde. Seine Fraktion werde dies tun, weil die Politik insgesamt in die falsche Richtung gehe.

Bei den Änderungsanträgen werde man so verfahren wie alle Fraktionen und diese zu einem späteren Zeitpunkt einbringen. Ihm sei sehr wohl bewusst, dass in dem Einzelplan 14 nicht viel Verhandlungsmasse stecke. Wie in der Vergangenheit sei ein Großteil des Haushalts durch die Vergangenheitsbewältigung und durch den auslaufenden Steinkohlenbergbau gebunden. Beim Letzteren sei es wichtig gewesen, dass man damals das Signal des Ausstiegs gesetzt habe.

Und von dem restlichen Haushalt gingen nicht die notwendigen Impulse aus. Sehr deutlich werde das beim Tariftreue- und Vergabegesetz, das alles andere als wirtschaftsfreundlich sei. Deshalb sei es bemerkenswert, dass das Wirtschaftsministerium auch noch diesen Unsinn, der aus anderen Häusern komme, den Bürgerinnen und Bürgern erklären wolle. Man könnte die Mittel zukunftsfähiger einsetzen und neue Impulse setzen, etwa in Richtung Selbstständigkeit der Ansiedlung neuer Unternehmen. Das geschehe nicht; deshalb werde seine Fraktion den Haushalt ablehnen.

Daniel Schwerd (PIRATEN) führt aus, auch die Piraten würden diesem Teilhaushalt nicht zustimmen können. Die Änderungsanträge würden seitens seiner Fraktion ebenfalls im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt. Man wolle nicht dasselbe Mantra anstimmen, dass gespart werden müsse; denn Sparen habe ja an sich keinen Wert. Vielmehr müsse das vorhandene Geld investiert werden; das sei zweifellos notwendig.

Man hätte sich allerdings eine andere Schwerpunktsetzung gewünscht, die mehr auf Zukunft, mehr auf Forschung, Innovation und Technologie, mehr auf Kreativwirtschaft ausgerichtet wäre und weniger auf die besagten Altlasten.

Als einen weiteren wichtigen Punkt kritisiere seine Fraktion die fehlende Klarheit und Transparenz des Haushalts. Teilweise seien die Positionen unverständlichweise zusammengefasst, die Richtung vieler Ausgaben sei auch nicht erkennbar.

Ein wichtiger Punkt für seine Fraktion sei es, die Partizipation der Menschen durch einen Internetzugang sicherzustellen, der heutigen Ansprüchen genüge. Hier sehe man Defizite und wünsche sich, dass diese im Rahmen des Wirtschaftsetats behoben würden.

Thomas Eiskirch (SPD) merkt an, seine Fraktion werde dem Einzelplan zustimmen. Dieser Einzelplan reagiere auf die Herausforderungen und biete Möglichkeiten, aktiv die Bedingungen für die Wirtschaft in diesem Land zu gestalten und die Aktiven auch aktiv zu unterstützen. Klugerweise würden die zweifelsohne notwendigen Sparbemühungen sich auf bestimmte Themenbereiche fokussieren. Mit einer richtig verstandenen generellen Aufgabenkritik könne man mit weniger Geld richtige Impulse setzen, anstatt nach dem Rasenmäherprinzip vorzugehen.

Auf dem Wortbeitrag des Kollegen Wüst eingehend bitte er diesen bzw. die Landesregierung zu erläutern, an welcher Stelle im Einzelplan für das Haushaltsjahr 2013 denn 15 Personalstellen für das Tariftreue- und Vergabegesetz vorgegeben seien. Er zumindest könne diese nicht finden.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) führt aus, der Ausschuss berate und beschließe heute den wirtschaftspolitischen Teilhaushalt des Landes. Im Haushalt verankert sei eine Förderung des Handwerks in Nordrhein-Westfalen, beispielsweise über die Meistergründungsprämie. Im Haushalt sei ebenfalls die Finanzierung des Mittelstandsgesetzes in Nordrhein-Westfalen hinterlegt. Beides sei vonseiten der mittelständischen Betriebe und des Handwerks hochgelobt und als wichtig erachtete Instrumente bezeichnet worden. Dazu gehöre auch die Clearingstelle, die in der Anhörung des Landtags breit begrüßt worden sei, in Teilen auch von den Oppositionsfraktionen.

Es sei richtig, die entsprechende Finanzierung für diese Instrumente zur Verfügung zu stellen. Insgesamt setze der Haushalt des Wirtschaftsministeriums aus der Sicht ihrer Fraktion die richtigen Akzente, wie insgesamt der Staat Rahmenbedingungen so weit wie nötig und so weit wie möglich setzen müsse. Vor allen Dingen müsse es in Nordrhein-Westfalen nicht nur darum gehen, Wirtschaft zu diversifizieren als eine Daueraufgabe des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen seit 30 Jahren, sondern es sollte auch eine nachhaltige Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ermöglicht werden. Im Gegensatz zu Herrn Wüst glaube sie, dass Landeskorrespondenten sehr sorgfältig arbeiteten und sich auch nicht vereinnahmen ließen – weder von der einen noch von der anderen Seite –, sondern die Regierungen immer kritisch begleiteten.

Ihre Fraktion stimme diesem Teilhaushalt zu.

Hendrik Wüst (CDU) merkt an, dass die Zahl 15 in der Anhörung genannt worden sei.

Thomas Eiskirch (SPD) entgegnet, im Haushalt stehe eine Stelle, und die Behauptung, man könne diesen Haushaltsplan unter anderem ablehnen, weil 15 Stellen für das Tariftreuegesetz vorgesehen seien, sei so unrichtig.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN Ein-

zelplan 14 und Einzelplan 02 (Kapitel 02 070 – Landesplanung) an.